

Die Stadt gehört uns!

Der Kampf gegen steigende Mieten und Verdrängung geht in die nächste Runde. Das Kreuzberger Zentrum am Kottbusser Tor mit 295 Wohn- und 90 Gewerbeeinheiten soll an einen privaten Investor für 60 Millionen Euro verkauft werden, der sich durch die Toplage hohe Profite erhofft. Doch hier wohnen Menschen noch für 6€ pro Quadratmeter. Mit der Übernahme durch einen privaten Investor werden die Mieten natürlich in die Höhe gehen und viele jetzige Bewohner_innen müssen höchstwahrscheinlich ausziehen. Doch wir wollen, dass die Mieten in der Innenstadt bezahlbar bleiben und dass unsere Bezirke nicht von Immobilienhaien übernommen werden.

„Die Stadt zurück kaufen“?

Der zuständige Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg will dem Investor zuvorkommen und das Objekt selber kaufen. Dies hatte der Bezirk bereits zuvor bei zwei anderen Immobilien getan. Beim Kreuzberger Zentrum wäre ein solch städtischer Rückkauf besonders absurd, denn schon beim Bau wurden die Investoren durch Steuererleichterungen subventioniert und seit seinem Bestehen wurde das Objekt drei Mal vom Senat vor der Insolvenz gerettet. Es floss also schon genügend Geld in die Rachen der Immobilienbesitzer. Ein generelles Problem bei solchen Rückkäufen ist auch, dass die Kommunen die Immobilien zum sogenannten Verkehrswert kaufen müssen. Sie müssen also mit den anderen Investoren mitbieten, was zu überbewerteten Preisen führt. Im Endeffekt muss die Kommune den zu hohen Kaufpreis bezahlen und versuchen, entweder die Mieten stabil zu halten oder sie muss die Mieten erhöhen, um den Kauf ohne Schulden zu finanzieren. Und wenn wir uns die leeren Etats der Kommunen und vor allem Berlins anschauen, ist die Entscheidung vorhersehbar. In beiden Fällen verlieren die Mieter_innen. Versuche von Kommunen, weniger als den Verkehrswert zu zahlen, sind bisher immer vor den Gerichten gescheitert, denn die Gesetze nützen vor allem den Spekulanten!

Neue Gesetze sind zahnlose Tiger

Auch die neuen Gesetze ändern nichts daran. Ob nun die von der Regierung gefeierte Mietpreisbremse oder das Zweckentfremdungsgesetz, beide zeigen keine wirkliche Wirkung. So greift das Zweckentfremdungsverbot beispielsweise nicht bei Leerstand. Nach Schätzungen des Berliner Senats

sind allein in Berlin bis zu 44.000 Wohnungen unvermietet, es gibt sogar eine Reihe von Häusern, die komplett leer stehen und verfallen. Dieser Leerstand ist gewollt, weil er die Mieten hochhält und die Vermieter_innen hoffen, bei einer Verschärfung der Lage noch höhere Mieten verlangen zu können. Auch bei Ferienwohnungen ist die Umsetzung des Gesetzes bisher recht erfolglos – es soll allein in Berlin-Mitte mindestens 4.000 illegale Ferienwohnungen geben.

Investoren tricksen mit Steuern

Jedes Jahr gehen dem Senat hunderte Millionen Euro an Steuern verloren, weil die bestehenden Gesetze eine Menge Steuertricks erlauben. Beispielsweise haben viele private Immobilienfirmen ihren Hauptsitz in Steueroasen. Ihre hier ansässigen Tochterfirmen haben zum Ankauf von Immobilien Kredite von ihren Muttergesellschaften bekommen, die sie jetzt mit Hilfe der Mieteinnahmen zurückzahlen müssen. Durch diesen Trick brauchen sie in Berlin keine Steuern auf Mieteinnahmen zahlen. Auch bei der Grunderwerbssteuer, die beim Kauf von Grundstücken und Immobilien anfällt, gehen dem Senat durch solche Spielereien über 100 Millionen Euro pro Jahr verloren. Mit diesem Geld könnten 1600 preiswerte Wohnungen entstehen.

Löhne rauf – Mieten runter

Die Wohnsituation in Berlin verschärft sich, wegen sich immer mehr Widerstand mobilisiert. Auf die bestehenden Gesetze können wir nicht setzen und die Stadt zurück kaufen bringt nur denjenigen etwas, die bisher schon viel verdient haben. Was wir akut brauchen, ist ein sofortiger Mietestopp, eine Erhöhung der Löhne, mit denen wir die realen Bruttomieten auch bezahlen können, einen sozialen Wohnungsbau, der diesen Namen auch verdient, genug bezahlbaren Wohnraum im innerstädtischen Bereich, dafür können Ferienwohnungen weichen. Außerdem brauchen wir ein Ende der Zwangsumzüge und die Enteignung von leerstehendem Wohnraum und der Immobilienspekulanten- damit die Stadt den Menschen gehört, die darin leben!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

„Im Durchschnitt war der Teich einen Meter tief –

und trotzdem ist die Kuh erstickt.“ An dieses alte russische Sprichwort fühlte sich neulich erinnert, wer den Großen Vorstehenden Karl Max Einhäupl über angebliche „pädiatrische Überversorgung in Steglitz“ schwadronieren hörte. Er meinte damit die im CBF vorgehaltene pädiatrische Notversorgung, die in seinen Augen angesichts der Zahl der niedergelassenen Kinderärzt_innen pro Kopf im Bezirk...ja, geht's noch, Herr Professor? Wenn mit meinem Kind nachts was ist, wo fahr ich da hin? Klar, ins größte Krankenhaus nebenan, da hilft mir ihre Statistik über Kinderärzt_innen auch nicht weiter. Ruhig mal Herz und Hirn einschalten – nicht immer nur die Brieftasche.

Warme Worte auf Pustekuchen

Man brauchte wirklich viel Geduld um die letzte „Hart aber fair“ - Sendung zu ertragen. Gesundheitsminister Gröhe und der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft hatten der Krankenschwester Jana Langer nicht mehr zu bieten, als Beschwichtigungen und leere Phrasen. Denn überhaupt ist doch alles nur halb so schlimm. „Die Menschen sind gut aufgehoben in den deutschen Krankenhäusern“, so deren Fazit. Das liege zum einen am tollen Personal und sei gleichzeitig daran zu sehen, dass Deutsche im Urlaub aus dem Ausland gern nach Hause in die Kliniken wollten, anstelle sich im Ausland behandeln zu lassen. Nee, schon klar. Vielleicht liegt es auch daran, dass man sich bei Diagnosen und Befunden in seiner Muttersprache besser aufgehoben fühlt als in einer Fremdsprache? Aber daran sieht man mal wieder, wie die Herren sich die Welt schönreden und schönrechnen. Es ist auch ihre Verantwortung, dass die Situation an den Krankenhäusern so ist wie sie ist. Es ist Zeit, dass sie das auch zu spüren bekommen, denn von ihren warmen Worten bekommen wir nur noch Bauchgrummeln.

Was ist krasser?

Ja, es ist krass und eine Frechheit, dass der KAV im Saarland erst Gesprächsbereitschaft signalisiert – natürlich unter der Bedingung, dass der Streik abgesagt wird – und kaum ist der Streik abgeblasen, will er von Gesprächsbereitschaft nichts mehr wissen. Aber noch viel krasser ist doch, dass man jedes Mal dieses doofe Spiel mitmacht. Jedes Kind weiß, dass wir mündlichen Zusagen der Chefs nicht trauen können. Und jeder weiß auch, dass sie alles tun, um den Streik zu behindern. Jedoch gehört auch zu unserer Erfahrung, dass die Chefs sich nur dann bewegen, wenn sie fühlen müssen. Und das tun sie am besten durch Streiks. Das ist unsere Waffe. Kampagnen (wie die aktuelle zur „Entlastung“) sind gut und schön für die Öffentlichkeit – richtig Eindruck bei den Verantwortlichen machen jedoch nur Streiks. Die Warnstreiks vom 27.03. können da nur ein Anfang gewesen sein.

Rechenschiebereien

Die Lurati freut sich im Intranet unter dem Titel „Positives Jahresergebnis 2016“. Worüber? „... das wir in 2016, besonders im Bereich der Pflege, neue Kolleginnen und Kollegen gewinnen konnten...“ Nun wären 17.100 Beschäftigte im Konzern. Ja, so viel Ehrlichkeit hat sie. Diese würden u.a. die Versorgung von 695.000 Patient_innen sicherstellen. In ihrer Freude ist ihr gar nicht aufgefallen, dass dem Dolderer von der Unternehmenskommunikation offenbar ganz andere Zahlen vorliegen. Dieser gibt zum Leid vieler Bäume ein Blatt namens Charité kompakt heraus. Dort wird die Zahl der 2016 ambulant behandelten Patient_innen mit 663.000 angegeben. Die Zahl von uns Beschäftigten liegt demnach bei 16.850! Uns fällt aber sehr wohl die Differenz von 250 Beschäftigten auf. Denn fast genau in dieser Zahl, nämlich 200, suchen wir tagtäglich die angeblich zusätzlich eingestellten Schwestern. Leider bisher vergebens. Da es auf Ostern zugeht: Wir su-

chen auch die gestrichenen Diätassistent_innen, die fehlenden Sozialarbeiter_innen für die Beratung der ambulanten Patient_innen oder auch die Reinigungskräfte für die schönen großen Zimmer im Hochhaus.

Mann Frei - wirklich?

Ja, Herr Frei, wir haben ja Verständnis dafür, dass das Zahlenwirrwarr auch sie als Vorstand durcheinanderbringen kann. Doch sollten sie dann etwas weniger abfällig über unsere Forderung nach einer spürbaren Entlastung durch mehr Personal reden. Wie jüngst in der Morgenpost geschehen. Eine Entlastung von der wir auch nach einem Jahr TV - GS nichts spüren. Sie behaupten 200 Schwestern sind zusätzlich eingestellt worden, also plus Fluktuation, gleichzeitig wären Leasingkräfte abgebaut worden. Nach ihrer Behauptung im Äquivalent von 50 Vollkräften. 2016 wurde die „stationäre Leistungsteigerung“ mit 2,7% angegeben. Von einer Angabe zum Krankenstand (bei Überarbeitung) sehen sie ganz ab. Und behaupten immer noch, es wäre zu einer spürbaren Entlastung der Beschäftigten gekommen?

Nächstenliebe gibt's nicht!

Auch im ach so christlichen Abendland wird von Nächstenliebe und Co nichts mehr gehalten. Das katholische Franziskus-Krankenhaus in Berlin-Tiergarten hat 34 langjährige Kolleg_innen entlassen und mit billigerem Personal aus Servicetöchtern ersetzt, da das Krankenhaus seit Jahren rote Zahlen schreibt. Die Mitarbeiter_innen dürfen dagegen nicht mal streiken, da für kirchliche Betriebe Sonderregelungen herrschen! Und das zeigt uns auch mal wieder: selbst die mit christlich-moralischem Anspruch halten nichts von Nächstenliebe, wenn die Profite nicht stimmen. Wir können also nur auf uns zählen, nämlich auf die, die unter diesen Sparzwängen leiden!

Leuchtturm Mitte

Das Bettenhochhaus in Mitte strahlt und leuchtet mit seiner weißen Fassade über ganz Berlin und manch Klinikdirektor behauptet sogar, dass Mitarbeiter_innen und Patient_innen vom Bettenturm begeistert seien. Meint der Herr damit etwa die tropfenden Wasserhähne, die kaputten Fahrstühle und Elektro-Türen, die abgewetzten Böden im OP oder sogar die herunterfallenden Deckenplatten?



Das Vitamin C wird gemeinsam von der Sozialistischen Arbeiterstimme und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!